

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung e.V.

Fragen und Antworten für Artikel in pädagogischen Fachzeitschriften

- 1. Auch Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten sollen am politischen Leben in diesem Land teilhaben können. Was tut Ihre Partei dafür, dass Ihr Wahlprogramm bzw. Ihr Grundsatzprogramm auch diesen Menschen zugänglich wird?**

Wir veröffentlichen z.B. unsere Wahlprogramme in leichter Sprache und zusätzlich sind sie auch bebildert.

- 2. In der Fernsehsendung „report.Mainz“ der ARD wird von einem Analphabeten berichtet, dem die Arbeitsagentur das Arbeitslosengeld II gestrichen hat, da er nicht in der Lage war, Bewerbungen zu schreiben. Ihm wurden kein Alphabetisierungskurs und keine Hilfe angeboten. Der Mann wurde obdachlos. Was sagt Ihre Partei zu diesem Fall? Quelle: <http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=4293806/gaj6rn/index.html>**

In dem geschilderten Fall wurde der Betroffene obdachlos, weil das zuständige Jobcenter Sanktionen verhängt hat, die zur vollständigen Einstellung aller Geldleistungen geführt haben. Der Betroffene konnte seine Miete nicht mehr bezahlen. Wir sind der Auffassung, dass der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, nicht durch Sanktionen angetastet werden darf. Die Frage nach der Gegenleistung darf nicht durch Zwang, sondern muss durch faire Spielregeln und positive Anreize gelöst werden. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die ohne Sanktionen auskommt und die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Das SGB II ist unserer Auffassung nach insgesamt reformbedürftig. Wir haben hierfür das Konzept der Grünen Grundsicherung entwickelt. Ein zentrales Element der Grünen Grundsicherung ist die Stärkung der Rechte der Hilfebedürftigen und ihrer Angehörigen. Bei der Beratung in den Jobcentern herrschen nach wie vor erhebliche Mängel. Statt jährlich 1 Milliarde Euro für meist sinnlose Ein-Euro-Jobs auszugeben, muss dieses Geld in die schulische und berufliche Qualifikation Arbeitssuchender fließen. Dazu gehören bei Bedarf selbstverständlich auch Alphabetisierungskurse.

- 3. Einem türkischen Analphabeten wurde vom Verwaltungsgericht Baden-Württemberg die Einbürgerung verweigert. Die Begründung: Man müsse die deutsche Schriftsprache beherrschen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesem Fall?**

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/123/459762/text/>

Die Begründung des VG überzeugt nicht. Selbst die vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern vom 19. Oktober 2007 zum Staatsangehörigkeitsgesetz sehen unter Punkt 8.1.2.1.3 vor, dass – wenn auch nur im Rahmen einer Ermessensentscheidung - bei Analphabeten Ausnahmen vom Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse gemacht werden können.

- 4. Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung finanziert sich vor allem aus Spenden. Andere europäische Länder wie England haben die Alphabetisierungsarbeit staatlich institutionalisiert und finanzieren daraus**

Beratungsangebote, Kurse, Projekte, Serviceleistungen etc. Wie ist die Haltung ihrer Partei zu dieser Situation?

Derzeit gibt es Alphabetisierungsangebote aus öffentlichen Mitteln an den Volkshochschulen. Das halten wir für sinnvoll und notwendig. Zusätzliche Angebote aus Spenden sind uns willkommen. Perspektivisch wollen wir die Schulen stärken und sie dazu befähigen, allen Schülerinnen und Schüler ausreichende Schreib- und Lesekenntnissen zu vermitteln.

5. Die Agenda 2010 stand unter der Formel „Fordern und Fördern“. Seit 2009 gibt es für die Teilnahme an Alphabetisierungskursen keine Förderung mehr aus Mitteln der Arbeitsverwaltung. Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung?

Quelle: http://www.focus.de/wissen/bildung/sprache/tid-13726/bildung-alpha-wie-bitte_aid_382422.html

Die Teilnahme an Alphabetisierungskursen ist ohne Zweifel eine wichtige Maßnahme, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wir können jedoch nicht bestätigen, dass Alphabetisierungskurse tatsächlich nicht mehr im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im SGB III und SGB II gefördert werden. Die Bundesagentur für Arbeit, die wir um Stellungnahme gebeten haben, führt dazu aus: Wenn ein Hilfebedürftiger seinen Hauptschulabschluss nachholt oder sich während einer Maßnahme zur beruflichen Integration herausstellt, dass das Maßnahmeziel wegen Analphabetismus nicht erreicht werden kann, ist eine Förderung durch Alphabetisierungskurse möglich und vorgesehen. In beiden Fällen ist die Alphabetisierung jedoch Bestandteil einer übergeordneten Maßnahme. Da die Bundesländer die Verantwortung für Bildung tragen, werden Alphabetisierungskurse nicht als eigenständige Regelförderung aus Mittel des SGB II finanziert. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten diese Vorgehensweise für einen tragbaren Mittelweg, um einerseits die Länder nicht aus ihrer Verantwortung für Bildung zu entlassen und andererseits Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern nicht auf den Schultern der Hilfebedürftigen auszutragen. In Zukunft muss aber sichergestellt werden, dass Hilfebedürftige mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten tatsächlich Zugang zu Maßnahmen mit Alphabetisierungsangeboten erhalten und nicht in sinnlose Maßnahmen eingewiesen werden, die ihnen keine Perspektiven eröffnen und im Zweifel sogar Sanktionen nach sich ziehen.

6. Gibt es nach Auffassung Ihrer Partei ein Grundrecht auf Lesen und Schreiben?

Ein Grundrecht in der Verfassung würde nach unserer Auffassung nicht weiterhelfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Mindeststandards an allen Schulen gerade in den Fächern Deutsch und Mathematik. Außerdem wollen wir die Schulen zu Ganztagschulen mit individueller Förderung ausbauen, wo alle Kinder länger gemeinsam lernen. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Weiterbildung und Unterstützung, um alle Kinder individuell fördern zu können und kein Kind zurückzulassen.

Die Antworten des zweiten Fragenkomplexes richten sich an Erstwähler mit Lese- und Schreibproblemen. Ihre Antworten werden in leicht lesbaren Texten veröffentlicht. Wir bitten um eine dementsprechende Formulierung Ihrer Antworten.

Fragen und Antworten für Erstwähler mit Lese- und Schreibproblemen

1. Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?

Wir Grüne wollen gleiche Chancen, gute Angebote und Unterstützung für alle Jugendlichen, damit sie ihr Leben selbst bestimmen können.

Was heißt das genau?

Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Chancen gibt. Jede und jeder muss von Anfang an und immer wieder im Leben die *Chance zum Lernen* haben. Die Herkunft, der Geldbeutel der Eltern, das Alter oder Geschlecht dürfen keine Rolle spielen. Deswegen wollen wir gute Bildungsangebote, ein Leben lang.

Wir wollen jedes Kind und jeden Jugendliche *gezielt fördern*. Dann können mehr Kinder bessere Schulabschlüsse machen. Ihre soziale Herkunft darf keine Bremse sein. Kinder sollen in einer Schule gemeinsam lernen, länger als jetzt bis zum vierten oder sechsten Schuljahr. Am besten bis zum neunten Schuljahr.

Ganztagschulen sind dafür am besten. Deshalb wollen wir bis 2020 überall genügend Ganztagschulen. Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien müssen die Kosten für Mittagessen, Lernmittel und Schultransport erstattet bekommen.

Viele Jugendliche machen ein Praktikum, um Wartezeiten zu überbrücken. Oft lernen sie dabei wenig und bekommen kein Geld. Wir wollen *faire Praktika*. Fair bedeutet: ordentliche Verträge, gute Lernziele und Bezahlung.

Auch in der Politik muss es fair zugehen. Damit die Politik junge Menschen mehr beachtet, sollen auch 16- und 17-Jährige *wählen* dürfen. Junge Menschen sollen überall *mitbestimmen*. Zum Beispiel bei der Gestaltung von Schulhöfen oder Jugendtreffs. Dadurch lernt man, dass die eigene Stimme bei Entscheidungen zählt.

Die *Wehrpflicht* wollen wir *abschaffen*. Sie ist ungerecht, weil nur 10 von 100 jungen Männern zur Bundeswehr eingezogen werden. Wer möchte, soll einen freiwilligen Kurzdienst bei der Bundeswehr machen können. Außerdem wollen wir *mehr Freiwilligendienste*, zum Beispiel im Umweltschutz und im sozialen Bereich. Unser Motto: Freiwilligkeit statt Zwang.

Wo trifft man Freunde, ohne dass man etwas bezahlen muss? Das ist oft gar nicht so einfach, denn der *„öffentliche Raum“* wird immer kleiner. Jugendzentren kriegen immer weniger Geld. Gerade Jugendliche, die es zu Hause oder in der Schule nicht leicht haben, brauchen *bessere Jugendangebote*.

Viele Jugendliche sitzen jeden Tag viele Stunden vor dem Computer. Bei diesen *neuen Medien* muss man lernen, wie man sie gut nutzt ohne von ihnen abhängig zu werden. Der beste Schutz gegen Mediensucht ist ein gutes Freizeitangebot.

Wir wollen auch einen besseren Schutz vor *Abzocke und Datenklau*. Immer mehr Jugendliche sind *verschuldet*. Oft sind zu hohe Handy-Kosten der Grund. Viele Tarife sind schwer zu verstehen. Wir wollen mehr Klarheit. Dazu gehören Preisansagen in der Werbung und vor Telefonaten.

Wenn *Gewalttaten* passieren, muss schnell gehandelt und den Opfern geholfen werden. In allen Schulen muss mehr gegen Gewalt und Mobbing getan werden. Eine gute Idee sind Streitschlichterprogramme. Gewaltfreiheit muss aber schon in den Familien und im Freundeskreis anfangen.

2. Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?

Wir Grünen sind 1980 als Partei ja nicht zuletzt aus der Umweltbewegung entstanden. Wir setzen uns also seit unserer Gründung in allen Bereichen des Umweltschutzes ein für:

- den Schutz von Klima, Wasser, Boden und Luft
- den Erhalt der Artenvielfalt und eine intakte Umwelt
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien (Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme) statt gefährlichem Atom, umweltverschmutzender Kohle und knappem und teurem Öl
- den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen
- Deutschland wieder zum Vorreiter im Klimaschutz machen
- Einführung eines Tempolimits und den Ausbau von Bus, Bahn und Fahrrad
- Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung
- vorsorgeorientierte und kindergerechte Grenzwerte für alle Umweltbelastungen
- den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft – Stopp der grünen Gentechnik
- artgerechte Tierhaltung und Tierschutz

3. Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?

Wir fordern einen Mindestlohn, der zuverlässig vor Lohndumping schützt. Um das zu erreichen schlagen wir die Einrichtung einer Mindestlohn-Kommission vor. Diese Kommission setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner – also Gewerkschaften und Arbeitgebern - und der Wissenschaft zusammen. Sie setzt eine Lohnuntergrenze fest, die mindestens 7,50€ pro Stunde betragen muss. Diese Grenze ist für alle verbindlich und darf von keinem Betrieb und in keinem Beschäftigungsverhältnis unterschritten werden. Oberhalb dieser Grenze sind branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne möglich. Das ist wichtig für einzelne Branchen, deren Löhne weit oberhalb von 7,50€/h liegen, wie z.B. dem Maschinenbau.

4. Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?

Wir wollen, dass die bestehenden Regelungen zum Jugendschutz bei Alkohol und Tabak wirksamer kontrolliert werden. Verstöße müssen Konsequenzen haben und mit einem angemessenen Bußgeld belegt werden. Wir sprechen uns zudem dafür aus, Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit abzuschaffen.

Eine künftige Cannabispolitik darf das Gefährdungspotential dieser Droge nicht verharmlosen, sondern muss es auf der Grundlage seriöser wissenschaftlicher Erkenntnisse berücksichtigen und entsprechend handeln. Wir schlagen vor, auf kurze Sicht zumindest den Besitz und den Anbau von Cannabis zum Eigenverbrauch zu

entkriminalisieren. Die Abgabe sollte auf längere Sicht über lizenzierte Abgabestellen erfolgen. So könnte der Jugendschutz besser gewährleistet und die Verfügbarkeit von Cannabis besser reguliert werden. Ziel unserer Cannabispolitik ist letztlich eine weitgehende Gleichbehandlung von Cannabis mit anderen legalen weichen Drogen wie Alkohol. Dies bedeutet in der Konsequenz auch, dass Schritte wie die Entkriminalisierung oder die Einführung lizenzierter Abgabestellen für Cannabis eingebettet werden müssen in ein Regulierungskonzept, das ähnlich wie bei Alkohol oder Tabak Programme zum Jugendschutz, zur Prävention, zur Therapie und zur Schadensminderung enthält.

5. Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen einbürgerungsrechtlichen Neuanfang, damit möglichst viele Migrantinnen und Migranten sich für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden. So schlagen wir Grünen den Abschluss eines gesellschaftlichen Integrationsvertrages vor, der für alle offen und transparent darlegt, welche Aufgaben im Integrationsprozess wem zukommt. Konkret schlagen wir Folgendes vor:

1. Wir wollen das Erlernen der deutschen Sprache umfassend und durch alle Bildungsbereiche hindurch fördern und die Qualität der Deutschkurse des Zuwanderungsgesetzes ebenso wie die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen.
2. Wir wollen in allen Bildungsbereichen eine interkulturelle Qualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen.
3. Im Bereich der beruflichen bzw. der Hochschulbildung wollen wir z. B. Mehrsprachigkeit besser nutzen und junge Frauen besser fördern.
4. Wir wollen den Erwerb berufsbezogener Deutschkenntnisse fördern, Integrationslotsen einsetzen, den Öffentlichen Dienst interkulturell öffnen und Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund – und hier speziell auch von Frauen – fördern.
5. Um Migrantinnen vor Gewalt zu schützen, sind bessere Aufenthaltsrechte ebenso erforderlich, wie flächendeckende Beratungsstrukturen, niedrighschwellige Schutzprogramme und eine effektive Präventionsarbeit an Schulen bzw. mit Eltern.
6. Nur wer sein Lebensumfeld selber aktiv mitgestalten kann, wird sich hiermit identifizieren. Wir wollen daher die Beteiligungsrechte für Migrantinnen und Migranten an politischen Willensbildungsprozessen (z. B. bei Kommunalwahlen) verbessern.
7. Wir wollen die rechtliche Gleichstellung islamischer Religionsvereinigungen erreichen und die rechtliche Gleichstellung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern.

6. Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?

Wir Grüne haben ein Konzept entwickelt, mit dem zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden können. Unser Konzept DualPlus beinhaltet den Aufbau von Überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Sie sollen Betriebe und Berufsschulen als Ausbildungsstätten ergänzen – das „Plus“ in unserem Konzept „DualPlus“. Hier können Jugendliche einen Teil ihrer praktischen Ausbildung machen. Damit gibt es mehr Ausbildungsplätze, weil die Betriebe nicht mehr die ganze praktische Ausbildung übernehmen müssen. Für Jugendliche, denen das Lernen schwerer fällt, wollen wir persönliche Förderung anbieten. Diese Jugendlichen sollen auch die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung nach Bedarf zu verlängern.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass alle berufsvorbereitenden Kurse auf eine spätere Ausbildung angerechnet werden. Damit wollen wir erreichen, dass kein Jugendlicher mehr nach der Schule seine Zeit verschwenden muss, wenn er auf einen

Ausbildungsplatz wartet.

7. Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?

Gute Bildungspolitik ermöglicht es jedem und jeder Einzelnen, seine und ihre Fähigkeiten optimal zu entwickeln. Das beginnt bereits im Kindergarten. Wir wollen es jedem Kind ab einem Jahr ermöglichen, in einem guten Kindergarten optimal gefördert zu werden. In der Schule sollen Kinder lange gemeinsam lernen, möglichst bis zum Abschluss der 9. Klasse. Wir Grüne wollen auch Ganztagschulen einführen, damit genug Zeit ist, um alle Kinder persönlich beim Lernen zu unterstützen. Mehr Sozialarbeiter in den Schulen tragen dazu bei.

Um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, wollen wir unser Konzept DualPlus umsetzen. Damit entstehen mehr überbetriebliche Ausbildungsstätten und alle Berufsvorbereitungen werden auf eine spätere Ausbildung angerechnet.

Zusätzlich wollen wir Grüne, dass mehr Studienplätze eingerichtet werden. Das Nachholen von Schulabschlüssen und andere Weiterbildungsangebote wollen wir für alle Erwachsenen umfassend fördern.

8. Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?

Nein, wir glauben, dass die Regelleistung im Sozialgesetzbuch II, Hartz IV genannt, angehoben werden muss. Die momentane Höhe gleicht die gestiegenen Preisen nicht mehr aus. Wir wollen die Regelsätze für Erwachsene sofort auf 420 Euro erhöhen. Für Kinder und Jugendliche fordern wir ebenfalls eine Anhebung der Regelsätze. Die Höhe soll sich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren, die anders sind als die von Erwachsenen.